

Ich merke, dem Buchhändler Kaufbe...
Welt geht. Kein Prospekt!
Es kommt aber nicht auf Erhaltung des nor-
wandigen Eigentums an, sondern auf Verneh-
mung. Das ist die falsche Eigentumsauffassung, die nur auf Erhaltung der, der sonst konventionell sein will, Schwere liegt der Eigentümerschaft, der Dürftigen kein. Nur auf Erhaltung der, das ist die falsche Auffassung, ist der Wunsch von Verfall. Der große Eigentümer, wenn ihr nicht von Neuem erwirbt, was ihr von Neuem erstehen kann, es immer von Neuem erworben in ein Leben der großen Eigentümerschaft. Nicht und Verfall, — lo werdet ihr es verlieren. Eigentum ist nicht Selbsttötung, sondern Mittel zum Zweck, zur Erhaltung des Lebens der Nation. Nation — das sind die „Mascutti“ — d. h. die Geborenen-Werden-Geborenen, — das aufsteigende Leben. So leidet die wirklich nationale oder völkische Idee. (Aus „Kraumburger Brief“ 1925 Nr. 4. „Eigentumsaufbau auf dem Lande“, Verlaag Dr. Schiele, Raumburg, a. S.)

Um die Forderung der Unfallversicherung.

Im Reichstagsauschuss für soziale Angelegenheiten wurde die Beratung des Entwurfes eines zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung fortgesetzt.
Die Ausprache drehte sich hauptsächlich um die Verleihen-Rente. Nach den noch nicht endgültigen Beschlüssen des Ausschusses soll die Rente so berechnet werden, daß sie für einen Verleihen, solange er unfähig ist, den Verlust des Jahresverdienstes betragt; wenn er nur teilweise unfähig ist, soll die Rente den Teil der Rente betragen, der dem Maße der Einbuße an Erwerbssfähigkeit entspricht. Die Rente erhöht sich ferner nach dem Alter.
Die Regierungsgesetze lag vor, daß eine Rente nicht gezahlt werden soll, solange durch den Unfall die Erwerbssfähigkeit um weniger als ein Fünftel gemindert ist. — Von Regierungseite wurde diese Anordnung als eine Maßnahme der Vereinfachung und Befestigung unentbehrlicher Bestimmungen bezeichnet. Die Rente von 10 % der Rente würde beispielsweise etwa bis 10 % monatlich betragen. Der wirtschaftliche Wert ist daher im Verhältnis zum Werte der dem Verleihen verbleibenden Arbeitskraft gering.
Der Ausschuss konnte diese Gründe nicht anerkennen, sondern behielt den diesbezüglichen Paragraphen zu freier. Es sollen also auch in denjenigen Fällen Rente gezahlt werden, in denen durch den Unfall die Erwerbssfähigkeit um weniger als ein Fünftel gemindert ist. Fortsetzung der Beratung morgen.

Fortsetzung der Steuerdebatte.

Im Reichstag wurde gestern die erste Beratung der neuen Steuerordnung fortgesetzt.
Dr. Hugo (D. W.) wies darauf hin, daß die Erbschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die durch die Kriegserlöse in ungewöhnlich hohem Maße gesteigert worden, durch die Verwaltungen nicht zu verwalten, denn auf die Dauer könne die Verwaltung nicht in einem Lande bestehen, das etwa 40 Prozent des gesamten Volkseinkommens als Steuern einnimmt. Der Schwere liege in den Vorlagen im ganzen ja, hatte aber gegen manche Einzelheiten Bedenken. Er forderte u. a. eine Herabsetzung des Einkommensteuereffektiven Einkommens. Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.): Eine stärkere Kontrolle der Ausgaben des Reiches müßte dringend gefordert werden. Bei der letzten Finanzlage des Reiches sei es nicht zu redigieren, Bier und Tabak neu zu belasten, vielmehr sei eine Milderung der bestehenden Steuern im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens geboten. — In ähnlichem Sinne sprach sich auch Abg. Dr. Horlacher von der Sozialen Volkspartei aus.

Das Jubiläum der deutschen Buchhändler.

Hundertjähriges Bestehen des Börsenvereins. — Die deutsche Bücher-, — Buchhändler- oder Budgetgemeinschaft? — Die kulturelle Aufgabe des deutschen Buchhändlers.
Wer das Wort vom „Land der Dichter und Denker“ zitiert, denkt dabei auf der einen Seite an die Deutschland der hohen Schulen und an die mannigfaltige und gründliche Gelehrsamkeit, die dort gepflegt wird, auf der anderen Seite an den Weimarer-Deutschland, seinen Schiller, Goethe und Herder, die alle als Vertreter jener großen geistigen und künstlerischen Gemeinschaft, auf die wir als Deutsche nun einmal so stolz sind, an der wir alle — wenn auch meist nur nachgehend und genießend — Anteil haben. An das deutsche Buch und seinen Schöpfer und Verbreiter, den deutschen Buchhändler, wird dabei nur selten gedacht. Es gilt meist als selbstverständlich, daß uns der Weg zur Literatur, zur Kunst, Philosophie und jeder anderen Wissenschaft, der notwendig über das Buch hin führt, offensteht. Und doch ist das nicht selbstverständlich. Wir verstanden es dem deutschen Buchhändler, daß uns die Schätze der Kunst und Wissenschaft nicht unerschlossen blieben, sondern daß wir schnell und bequem zu ihnen gelangen können.
In diesen Tagen, am Sonntag Centesimales, feiert der Zusammenschluß der deutschen Buchhändler, der Börsenverein der deutschen Buchhändler, mit mehr als 5000 Mitgliedern sein hundertjähriges Bestehen. Der Börsenverein ist es gewesen, der Ordnung und Regelmäßigkeit in die Herstellung und den Vertrieb des deutschen Buches gebracht hat. Von Anfang

500 Millionen Dollar Einnahmen.

Der „Welt Posten“ teilt mit: „Die amerikanischen Banken zeigen auf englische Käufe von ausländischen Devisen in New York hin, die von Touristen gemacht werden, die nach Europa zu reisen beabsichtigen. Nach den bisherigen Aufzeichnungen wird die kommende Sommerreise für Frankreich und England einen Gewinn aus diesen Reisen bringen, der nicht niedriger als 500 Mill. Dollar ist. Die Zahl der Amerikaner, die im Laufe dieses Sommers Europa besuchen werden, ist nach der Zahl der Plätze, die auf den Dampfern belegt sind, auf mindestens 200 000 zu schätzen.“
Der vorstehende Nachrich ist ergänzt durch eine Notiz aus der „London Daily Mail“, wonach im vergangenen Jahr 326 977 amerikanische Besucher nach Europa kamen. Das waren 60 174 mehr als im vorhergehenden Jahr, und für dieses Jahr ist mit einer weit größeren Zahl von Besuchern zu rechnen.

Die finanzielle Lage der Reichsbahngesellschaft.

In der Pressekonferenz gab Ministerialrat Homberger nachfolgende Erklärung ab:
Die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft hat in den letzten Jahren außerordentlich gute wirtschaftliche bis jetzt noch nicht in Verlust gekommen. Nachdem die Reparationsrate in Höhe von 100 Mill. M. am 1. März jährlich geleistet worden ist, ist auch die am 1. September fällige Zahlung abgeliefert. Außerdem liefen aber im ersten Geschäftsjahr Rücklagen zu machen für die erste Zahlung des zweiten Geschäftsjahres, die am 1. März 1926 mit rund 300 Mill. M. fällig ist. Es seien also für diese Zahlung — anteilig bedingt — 200 Mill. M. zurückzuhalten, so daß die Gesamtzahlung im ersten Geschäftsjahr 200 Mill. M. betragt. Das kommt die Notwendigkeit, eine Ausgleichsmaßnahme anzunehmen, u. a. nach den Bestimmungen der Gesellschaftsstatute in Höhe von ungefähr 110 Mill. M. innerhalb eines Jahres. Aus den alten Eisenbahnkassen der Länder würde der Reichsbahngesellschaft keine Belastung entstehen, auch wenn diese Schäden in tragender Form aufgewertet würden. Eine Gesamtübersicht auf Grund der neuesten Feststellungen zeigt, daß die Rechnung für 1925 voraussichtlich mit rund 200 Mill. M. Einnahmen und Ausgaben abschließen wird.

Keine Landtagsauflösung?

Der „Kölnischer Volksbote“ wies über Verhandlungen zu berichten, die in den letzten Tagen zwischen einigen Vertretern der Parteien des Reichstages und dem Reichskanzler über die Frage der Auflösung des Reichstages in Bremen stattgefunden hätten. Insbesondere wären zwischen dem ordentlichen Herrn (Zentrum) und dem Richter (Deutsche Volkspartei) vertrauliche Besprechungen erfolgt, wobei Vertreter der Volkspartei die notwendige Fälligkeit mit dem Reichskanzler aufrechterhalten hätten. Das genannte Blatt führt es nicht für unmöglich, daß diese Besprechungen noch vor Freitag, dem Tage der Abtötung über das Vertrauen, für das Kabinett Braun zu einem Ziele führen, daß eine neue preussische Regierung ohne Gewalt und ohne den seit längerer Zeit strittigen Justizminister am Sonntag mit sich bringen würde.
Für die Auflösung des Preussischen Landtags trat Dienstag früh nur noch die Sozialdemokratie ein. Wiewohl wird man ähnlich wie im Reich ein überparteiliches Beamtenskabinet zu schaffen versuchen.

artikeln auseinandergesetzt, daß der Fremdenverkehr den Franzosen eine Jahreseinnahme von 8 bis 5 Milliarden Goldfranken einbringt. Gegenüber diesen riesigen Differenzen müssen wir verarmte deutsche Volk uns fragen, ob wir diesem ausföhrlichen Geschäftswelt der Fremdenindustrie nicht in noch ganz anderem Maße als bisher unsere Aufmerksamkeit zuwenden müßten. Denn schließlich sind wir nicht so gestellt, daß wir auf Einnahmen von einigen Milliarden leicht hin verzichten könnten.

Allerdings würde ein Hinübergehen der Goldströme der amerikanischen Reisenden nach Deutschland voraussetzen, daß wir uns die reiche Land, die bei uns seit der Revolution einengen ist und die selbst vor dem Kriege den „Fremden“ mit unter noch möglich machte, möglichst vollständig abzumauern und sie durch eine feine weltmännische Lebensweise wieder zu öffnen, wie alle diese eines Volkes würdig ist, das den Anspruch erhebt, zu den großen Kulturnationen der Welt zu gehören. Dann wird uns nicht nur mander große Gewinn von den ausländischen Besuchern zuteil werden, sondern auch das Leben im Innern wird leichter und reibungsloser und angenehmer für uns alle werden.

Das Ruhegehalt der Reichspräsidentenwitwe.

Im Reichstag ist ein von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unterzeichneter Gesetzentwurf über das Ruhegehalt der Witwe des Reichspräsidenten eingebracht. Er sieht folgendes vor: Stirbt der Reichspräsident im Dienste oder während der Zeit, in der ihm nach diesem Gesetz zugebendes Bezüge ausbleiben, so wird seiner Witwe ein Witwengehalt in Höhe der Hälfte des Ehrengeldes des Reichspräsidenten, seinen ehelichen oder legitimeren Kindern das gleiche heraus nach dem Tode des Beamten-Hinterbliebenenvergesetzes ergebende Witwengehalt gewährt. Zu dem Witwen- und Witwengehalt treten die jeweils dem Beamtenhinterbliebenen zustehenden Kinder- und Versorgungszulagen. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1925 in Kraft.

„Gelegene“ Studienräte.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt folgende Notiz:
In Mittelbergen in der Provinz sind einige Lehrerstellen an der Realschule zu besetzen. Man fragt in Berlin wegen geeigneter Kandidaten an und erhält darauf folgende Antwort:
Deutsche demokratische Partei.
Berlin, Bernburger Str. 18.
Herrn Dr. Seiler, Herr Dr. K. A.
Herrn Dr. Seiler Sie nach geeigneten Studienräten für das dortige Gymnasium. Ich kann Ihnen nur die folgenden Herren empfehlen:
Studienrat Dr. Hermann Henningsen, Lehrerbildungsschule, Engl., Phil., Prop. Mathematikschule in Senftenberg, Sozialdemokrat.
Studienrat Dr. Theodor Heubrich, Lehrerbildungsschule in Senftenberg, Demokrat.
Som August 1925 ab (mit Ablauf des Probejahres).
Studienreferendar Wilmann, Lehrerbildungsschule in Senftenberg, Republikaner (zwischen S. R. D. und D. D. P.).

Mit Parteilosigkeit
Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei.
Herrn Dr. Seiler, Herr Dr. K. A.

„Jwolski im Weltkrieg.“

Unter diesem Titel wird im Auftrage des Auswärtigen Amtes bei der deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte herausgegeben ein Band von 308 Seiten, 120 Seiten und 120 Seiten dieses früheren russischen Volkskämpfers in Frankreich erschienen. Das Buch bringt neue Beweise für die Gebührende, die während des Krieges die Feindschaft in den letzten Julitagen 1914. Die Urkunden bezeugen klar, wie Russland das erste Land war, das als ein Krieg unvermeidlich machende Maßnahmen traf. Frankreich die erste Macht war, die den ersten Entschluß zum Kriege amtlich kundgab.

Besondere Beachtung verdienen die Urkunden über die Bemühungen der Entente, die Verbündeten der beiden Mittelmächte, Italien und Rumänien, gegen die Mittelmächte in den Krieg hineinzuziehen. So finden sich die bisher unbekanntesten Wortlaut noch unbekanntesten Geheimabkommen zwischen Italien und Rumänien vom 26. April 1915 bzw. 17. August 1915 andererseits, durch die erstere ermöglicht wurden, den Kampf gegen ihre ehemaligen Bundesgenossen aufzunehmen, hier erstmalig abgedruckt. Da sieht man ein Wunderwerk für das Recht und die Gerechtigkeit, um deren Rettung angedacht die Entente den Krieg führte, in dem die beiden Mittelmächte Gebietsverluste auf Kosten der anderen Balkanstaaten ausgedehnt wurden. Bekanntere inoffizielle Material ist ferner vorhanden über die feindschaftlichen diplomatischen Beziehungen auf dem Balkan, wo ein Staat gegen den anderen ausgeplündert wurde. Ferner dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß bei dem Verbot der Teilnahme Griechens an der Entente die Zustimmung dieses Landes als ultima ratio der Entente zur Fälligkeit gebracht wurde. Das amtliche Dokument hierüber steht in diesem Buch vor, ein Bericht des russischen Gesandten in Athen an den russischen Außenminister Sazonow vom 6. April 1915.

Den Gipfel aller Feindschaft bieten allerdings die Dokumente, die über den Verfall der Verbändnisse berichten, auf die Türkei gegen die Mittelmächte aufzubringen. Wie aber die Entente es in Wirklichkeit mit ihren Verbündeten meinte, das geht aus einem Telegramm Jwolskis vom 11. August 1914 an Sazonow hervor, in dem es heißt, daß es sehr wünschenswert wäre, die Türkei zu beruhigen, d. h. dadurch, daß wir ihr anbieten, die Integrität ihrer Gebiete zu garantieren, was uns nicht hindern würde, die Frage der Mazedonien nach Abschluß des Krieges in unserem Sinne zu entscheiden. — Jede Charakteristik einer derartigen Handlungsweise erübrigt sich.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Regierung mit einer 2000 Mann (1) für den Kampf nach dem Ausbruch des Krieges im Osten, die nach dem Ausbruch in Frankreich-Markoff immer weitere Kreise zieht. Die französischen Truppen sind bereits in die neutralen Zone zwischen Spanien und Frankreich-Markoff eingedrungen.

Der italienische Marineminister ist zurückgetreten, da er dem neuen Generalstab die Aufgabe übergeben werden sollte. Mussolini wird nunmehr auch das Marineministerium übernehmen und damit auch offiziell alle Staatsgewalt in sich vereinigen.

Der „Matin“ meldet aus Sofia: Kaum 1/3 Bulgariens hat wieder seine alten Behörden. Die Kommunisten vertreiben ihren zahlenmäßig überlegenen Widerstand mit Hartnäckigkeit. Täglich finden die schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der Landbevölkerung statt. Burgas, Erima und Sastowo haben in fünf Tagen dreimal ihre Besitzer geändert. Burgas ist von Regierungstruppen nach zweitägigem Kampf genommen.

Eine neue Flotow-Oper.

In der Berliner Großen Volkspartei erlebte Friedrich von Flotow Oper „Fata“ mit ihrer ersten Uraufführung. Sie wurde zum ersten Male 1866 in Paris gegeben. Der Werno Barbi hat sie jetzt ausgearbeitet und neu bearbeitet. Das grandiose und lustige Werkchen fand reichen Beifall und wird sich vermutlich auf dem Spielplan halten. Es erzählt sehr launig die Geschichte der schönen Fatme, die einen Rechtsanspruch nicht durchsetzen kann, weil Soldat, Stadt und Großvater vorher ihre Liebe bezogen. Endlich wird sie von Herron auf Schloss in eigener Person errettet. Träne Eben von der Staatsoper sang und spielte die Titelfolle mit Temperament und meisterhafter Gelangenschaft.
Dr. Ueberhorst.

Harzer Festspielbund. Die Vorbereitungen für die Festspiele (11. Juli bis 31. August) im Harzer Festspielbund bei Thale sind abgeschlossen. Die Festspiele umfassen folgende Stücke: Heinrich von Orléans, König Artur, Gottfried von Stralburg, Wieland der Schmied, III. Götterleben, Münchhausen von Bismarck, ferner nach Schopenhauer's Sommerabend, Goethes Prometheus und Reizis Herminiaschloß. Bei ungünstigem Wetter finden Vorstellungen auf der Innenseite der Schloßbühne statt.

Tob eines bekannten Forschers. Der Professor der Biologie an der Heidelberger Universität, Herr Dr. Hermann Dr. Hermann Kofel, ist im 61. Lebensjahre an einem Herzschlag plötzlich verstorben. Er hat hervorragendes auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung, besonders der Diphtherie, Malaria und Pest geleistet, und war seinerzeit vielfach Belegter Rodes auf seinen Forschungsreisen.